

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1931

212 (14.9.1931)

Volkstreu

50 Jahre

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE MITTTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10 gepaltene Millimeterzeile kostet 12 Pfennig, Gelegenheitsanzeigen und Stellenangebote 8 Pfennig. Die Reklame-Millimeterzeile 10 Pfennig. Bei Wiederholung Rabatt nach Tarif, bei Nichterhaltung des Zeitungsplatzes, bei geschäftlicher Beendigung und bei Kontos ausser Kraft tritt o. Erlösungs- und Verfallsdatum in Karlsruhe L. D. o. Schluss der Anzeigen-Nachnahme 8 Uhr vormittags.

Untere wöchentliche Beilagen: Heimat und Wander, Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Junges, Die Aufstunde / Sport und Spiel / Die Welt der

Abzugspreis monatlich 2,50 Mark o. Ohne Zustellung 2,20 Mark o. Durch die Post 2,60 Mark o. Einzelverkauf 10 Pfennig o. Größtenteils 6 mal wöchentlich vormittags 11 Uhr o. Postfachkonto 2650 Karlsruhe o. Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe L. D., Waldstraße 28 o. Fernruf 7020 und 7021 o. Postfach-Nummern: Durlach, Hauptstraße 9, D.-Baden, Jaghausstraße 12; Rastatt, Poststraße 2; Offenburg, Hauptstraße 8

Nummer 212 Karlsruhe, Montag, den 14. September 1931 51. Jahrgang

Putzchverbrechen in Oesterreich

Der Bundesführer der Heimwehren puschte in Oberösterreich, Steiermark und Salzburg Die Regierung wurde schnell Herr der Lage

Der nationalitliche Irrsinn zusammengebrochen

Wien, 13. Sept. Die Amtliche Nachrichtenstelle meldet: Ein Teil des Heimatsschutzes unter Führung von Dr. Pfeifferer hat heute nacht in einigen Orten Nord-Steiermarks, Oberösterreichs und auch Salzburgs seine Anhänger alarmiert und teilweise mobilisiert. Dr. Pfeifferer proklamierte die Uebernahme der Staatsmacht durch den Heimatsschutz, Polizei und Gendarmerie und Bundesheer sind in Bereitschaftszustand versetzt. Die Bundesregierung hat alle Maßnahmen getroffen, um die Ordnung wieder herzustellen.

gewehren und Handgranaten ausgerüstet, auch Artillerie ist an der Aktion beteiligt. Als die Gendarmerie in Kapfenberg den Platz vor dem Arbeiterheim von Heimwehbeuten säuberte, gab die Heimwehr bei ihrem Rückzug mehrere Schüsse gegen das Arbeiterheim ab, wobei ein Mann getötet und einer schwer verwundet wurde. 4 Uhr nachmittags. Etwa 1000 Putzschützen stehen bei Voeben, je 1000 in der Umgegend von Knittelfeld und Judenburg. Der Bahnhof von Selztal und Hensteden, ferner Grödnitz und Viezen sind noch von den Heimwehren besetzt. In Voeben, wo sich die Heimwehr in einigen Gebäuden gesammelt hat, herrschte bis 4 Uhr vollkommene Ruhe.

phon und Telegraph funktionierten in Steiermark in voller Ordnung. Auch in Oberösterreich herrscht vollständige Ruhe. Der frühere Bundesführer Starckemberg hat den Gauführer des Mühl-Bierfelds beauftragt, der Landesregierung in Linz mitzuteilen, daß er nicht absieht, gegen die Verfassung zu handeln. Die österreichische Regierung ist fest entschlossen, noch vor Einbruch der Dunkelheit den ganzen Putzsch zu liquidieren. Wie sehr die Regierung damit rechnet, daß noch bis heute nacht die Ruhe überall hergestellt sein wird, geht daraus hervor, daß Bundeskanzler Dr. Buresch und Finanzminister Dr. Redlich die Absicht haben, sich morgen im Zuge nach Genf zu begeben. Während sich die Heimwehr in Voeben vor dem Militär zum Rückzug ansetzte, sammelten sich die Kommunisten in Stärke von mehreren hundert Personen, um gegen die Heimwehr vorzugehen. Das Militär wurde infolgedessen genötigt, sich gegen die Kommunisten zu wenden.

260 Heimwehleute verhaftet

Die bei Klosterneuburg versammelten bewaffneten Heimwehleute, etwa 260 an der Zahl, wurden von Wiener Polizei, die nach Klosterneuburg kam, verhaftet, ehe die Truppe ihre Absicht, nach Wien zu ziehen, verwirklichen konnte. Die Heimwehleute leisteten keinerlei Widerstand.

Eine weitere amtliche Kundgebung über den Putzschverbrech der Heimwehr besagt, daß Nachrichten über Bewegungen von Heimatsschutzformationen am Sonntag schon in früher Morgenstunden in Wien eingetroffen sind. Die Mitglieder der Bundesregierung wurden hierauf sofort in Kenntnis gesetzt. Der Innenminister Winkler traf von der Polizeidirektion aus, wo sich auch Bielewitzer Dr. Schöber befand, die entsprechenden Anordnungen. In den ersten Vormittagsstunden fand unter Vorsitz des Bundeskanzlers ein Ministerrat statt, in welchem vor allem festgestellt wurde, daß die Organe der öffentlichen Verwaltung, des Sicherheitsdienstes, des Bundesheeres und der Bundesbahnen ihren Verpflichtungen nach jeder Richtung hin nachgekommen sind. Es wurde beschlossen, alle Machtmittel des Staates einzusetzen, um die Ruhe und Ordnung in kürzester Zeit noch im Laufe des Tages wieder herzustellen und gegen die Urheber der Bewegung in schärfster Weise nach den bestehenden Gesetzen vorzugehen. Es waren besonders um Kirchdorf in Oberösterreich und Gebiete von Obersteiermark, wo Heimatsschutzformationen zusammengezogen worden sind.

6 Uhr abends. Die Heimwehraktion in Nordsteiermark kann als gescheitert gelten. Die in Voeben versammelten Heimatsschützen haben erklärt, abziehen zu wollen. Man erwartet, daß das Militär innerhalb der nächsten halben Stunde in Voeben eintreffen wird. In Brud a. d. Mur ist bereits eine Abteilung des Bundesheeres eingetroffen. Die Heimwehr hat ihre Positionen bereits geräumt. Die Stadt zeigt wieder ihr gewohntes Bild. Nach Kapfenberg wurde eine halbe Kompanie der Bruder Gendarmeriegeschule mit zwei Maschinengewehren dirigiert, hatte jedoch keinen Anlaß mehr, in Aktion zu treten, da auch in dieser Stadt die Ruhe vollständig hergestellt ist. Außer dem getöteten Arbeiter wurden heute vormittag noch 11 Personen verletzt. Eisenbahnverkehr, Telefon und Telegraph funktionierten in Steiermark in voller Ordnung.

Eisenbahnattentat bei Budapest

22 Tote - Ähnlichkeit des Anschlags mit Jüterbog

Budapest, 13. Sept. Auf der Bahnstrecke zwischen Budapest und Wien kam es bei Via Torbagg, etwa 20 Kilometer von Budapest entfernt, zu einer schweren Eisenbahnkatastrophe, als der D-Zug Budapest-Wien-Passau-Köln einen Viadukt passierte. Die Lokomotive sowie die beiden vordersten Wagen waren bereits über dem Viadukt hinweggefahren, als dieser einstürzte und die übrigen sieben Wagen unter seinen Trümmern begrub. Da man in der Nähe der Unfallstelle eine Zündschnur fand, vermutet man einen verbrecherischen Anschlag.

gewesen sein. Eine Zündschnur war durch zwei gewöhnliche Kupferdrähte mit einem elektrischen Taschenlampenlement verbunden worden. Das Unglück wurde zuerst von einem Gepäckträger der Station Via Torbagg wahrgenommen, der sofort Feuerwehr und Gendarmerie alarmierte.

Von Budapest aus sind zwei Siffzäne und freiwillige Rettungskolonnen

an die Unfallstelle abgegangen. Die vollständig zertrümmerte Lokomotive und die Waggons liegen in einer Tiefe von 30 Meter, während auf dem Bahnlörper noch fünf losgerissene Waggons des Unglückszuges stehen. Die Bewohner von Via Torbagg hörten um 12.15 Uhr eine furchtbare Detonation. Sie hörten auch einen Gegenstand durch die Luft sausen. Bei den weiteren Nachforschungen gelang es dann, festzustellen, daß ein durch die Explosion herausgerissenes

Schiennstüd fast sieben Meter weit fortgeschleudert

wurde. Die Unfallstelle ist von Militär und Gendarmerie abgesperrt. Die Oberstadthauptmannschaft hat eine Untersuchungskommission an die Stelle entsandt, um nach Spuren der Täter zu suchen. Schon die ersten Feststellungen ergaben mehrere auffällige Uebereinstimmungen des verbrecherischen Anschlags mit der Attentatsserie in Südbavien und Oesterreich sowie dem Jüterbog-Attentat.

Der Ursprung der Höllemaschine

Budapest, 13. Sept. Nach dem vorläufigen Ergebnis der Untersuchung der Sachverständigen in der Angelegenheit der Explosion sind Zünder, Zündschnur und Explosivstoff der Höllemaschine deutsches Fabrikat, das Taschenlampenelement polnischen und englischen Ursprungs.

Geheimnisvoller Anruf nach dem Eisenbahnattentat

Budapest, 13. Sept. Im Laufe der polizeilichen Untersuchung wurde festgestellt, daß der Stationschef einer ungarischen Station um 11 Uhr nachts - also kaum 40 Minuten nach dem Via Torbagger Eisenbahnattentat - von zwei ausländischen Stationen telefonisch angerufen wurde, und zwar von London und von Kopenhagen. Der unbekannte Sprecher erkundigte sich darnach, ob auf den ungarischen Eisenbahnlinien alles in Ordnung wäre. Auf die Frage, warum er dies wissen wollte, antwortete der Unbekannte in deutscher Sprache, er wolle nur seinen Fahrplan zusammenstellen. Man hält es für wahrscheinlich, daß der Anruf mit dem Attentat in Zusammenhang steht.

Uebereinstimmung mit dem Jüterbog-Anschlag

Budapest, 13. Sept. Nach den ersten Ermittlungen ist das Unglück auf die

Explosion einer Höllemaschine

zurückzuführen. In der Nähe der Unfallstelle wurde eine Zündschnur gefunden und ein Brief, in dem es heißt: „Da die kapitalistische Gesellschaftsordnung uns keine Arbeit zu verschaffen vermag, so verschaffen wir uns selbst welche.“ Nach dem Urteil eines Sachverständigen muß die Höllemaschine, die in einem kleinen Koffer untergebracht war, mit

1 bis 2 Kilo Nitroglycerin oder Dynamit gefüllt

Manifest der Bundesregierung

In einem Manifest der Bundesregierung wird erklärt, daß die Machtmittel vollständig in der Hand der Regierung und allen Situationen gewachsen sind. Es wird festgestellt, daß dank der Pflichttreue aller staatlichen Organe und der Gesehstreuung der überwiegenden Mehrheit des österreichischen Volkes, welches den verbrecherischen Anschlag mit Entrüstung und Abscheu von sich wies und sich um die gesetzmäßige Regierung kümmerte, das Unternehmen auf einen Teil des Bundesgebietes beschränkt und auch dort ohne Erfolg blieb, die Bundesregierung werde pflichtgemäß die Schuldtragenden ungesäumt mit der ganzen Energie des Gehözes zur Verantwortung ziehen.

Die Bundesregierung hat verfügt, daß alle Bundesministerien und Landesoberhäupter angewiesen werden, die vorläufige Suspension aller jener Beamten, die sich an dem Anschlag des Heimatsschutzes irgendwie beteiligt haben, ungesäumt zu vollziehen. Gegen die Schuldtragenden wird auf disziplinar- oder strafgerichtlichem Wege vorgegangen werden.

Das militärische Vorgehen gegen die Putzsch

Wien, 13. Sept. (3 Uhr nachmittags.) Die Heimwehbräute, die an dem Putzsch beteiligt sind, werden zwischen Voeben und Judenburg zusammengebrängt. Infanterieabteilungen sind von Klagenfurt im Anmarsch und dürften binnen wenigen Stunden aktiv einrücken. Weitere Truppen stehen in Brud a. d. Mur, das von Heimwehr bereits gesäubert ist, und bei Kapfenberg. Zwischen Voeben und Donawitz haben sich etwa 1000 Heimwehleute angesammelt. Das Militär ist mit Maschinen-

Die Vorgänge in Steiermark

Zu den Vorgängen in der Steiermark wird noch folgendes gemeldet:

In den obersteirischen Ortschaften Bruck, Rabenberg, Judenburg und Schladming erschien Samstag um 2 Uhr früh bewaffnete Heimwehr und versuchte, die Städte militärisch zu besetzen. Der Bundesführer der Heimwehr, Dr. Priemer, versammelte um 2.30 Uhr früh in Judenburg die Unterführer um sich. Auf seine Befehle wurden in einigen Ortschaften Plakate angebracht, in denen es heißt, daß alle Gendarmerie- und Heeresbeamten ihres Dienstes enthoben seien. Die Heimwehr übernehme mit dem heutigen Tage die Staatsgewalt.

Graz, 13. Sept. In Kirchdorf bei Pernegg und in Hönigsdorf bei Mürzzuschlag kam es in den Nachmittagsstunden zwischen Heimwehrführern und Schutzbündlern zu Zusammenstößen. Gendarmerie entwarfnete den Heimwächter. Es wurden zwei Maschinengewehre, zahlreiche Gewehre, Pistolen und Munition beschlagnahmt. Vier Heimwehrführer, die von einem Dach aus mit einem Maschinengewehr geschossen hatten, wobei aber niemand verletzt worden war, sind verhaftet worden.

In Tirol

WIB, Innsbruck, 13. Sept. Die Tiroler Heimwehr unter Führung von Dr. Steidle hat kategorisch erklärt, daß sie mit der ganzen Aktion von Dr. Priemer nichts zu tun haben wolle.

Die Zusammenstöße in Kapfenberg

Graz, 13. Sept. Wie ergänzend gemeldet wird, wurde bei den Zusammenstößen in Kapfenberg ein Schutzbündler getötet, ein Schutzbündler und sieben Heimwehrleute schwer verwundet.

Die Sozialdemokratie auf der Wacht

Die Vorgänge in Wien

Wien, 13. Sept. Die Wiener Polizei wurde um 2.30 Uhr früh alarmiert und besetzte sämtliche Bundesgebäude, ebenso wurde die Stadtkaserne von Polizeieinheiten besetzt. Im Laufe des Vormittags erschienen die sozialdemokratischen Abgeordneten Bürgermeister Seis, Bauer und Danneberg beim Bundeskanzler Buresch und überreichten ihm im Namen der Sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften eine ultimative Forderung, worin sie u. a. verlangen: Sofortige Niederwerfung des Rutschversuches, Verhaftung der Rädelführer und Gewährleistung der Sicherheit durch die Regierung. Weiter, daß zwei von den Heimwehrleuten besetzte Eisenbahnstationen in Steiermark freigegeben werden, widrigenfalls die Gewerkschaften und die Sozialdemokratische Partei zur Selbsthilfe schreiten müßten. Bundeskanzler Dr. Buresch erklärte, daß es im Laufe des heutigen Tages zweifellos gelingen werde, den Rutsch niederzuschlagen. Die Regierung habe alle Machtmittel des Staates aufgeboden.

Mittlerweile sind von der Regierung eine Reihe von Haftbefehlen ergangen, darunter gegen Dr. Priemer, gegen einen Graf Johann Lamberg und gegen den Landesführer Kauter.

Die Arbeiter-Zeitung meldete den Heimwehrputsch in einem Extrablatt, das mit einem Aufruf schließt, in dem es heißt: „Gewissenlose Abenteurer haben in der Zeit schwerster wirtschaftlicher Not und wichtigster Krisenverhandlungen einen Tollhaustrich gegen die Republik und die Demokratie gewagt. Der obersteirische Treiben wird in wenigen Stunden zusammenbrechen. Die Arbeiterpartei und ihr Schutzbund sind in Bereitschaft. Es werden, wenn es notwendig ist, die Republik und Demokratie zu schützen wissen. Zunächst aber hat die Staatsgewalt gegen die Rechtsbrecher einzuschreiten. In das Zuchthaus mit den Rutschisten, wo sie schon lange hingehören! Arbeiter, Republikaner, eiserne Disziplin und eiserner Wille ist in dieser Stunde das Wichtigste. Keine selbstständigen Aktionen. Halbt Euch bereit, wenn die Sozialdemokratie Euch ruft!“

Das Geständnis der Niederlage

WIB, Graz, 13. Sept. Die Pressestelle der Bundesführung des Heimwächters Oesterreichs verläutert in später Abendstunden folgenden Befehl des Bundesführers Dr. Walter Priemer:

An alle Heimwächterführer Oesterreichs!
Die Notlage des Bauernstandes, das Elend weiter Kreise und der Arbeiterpartei sowie der schaffenden Teile unseres Volkes hat mich veranlaßt, einen letzten Rettungsversuch zu machen, um es vor der Auslandsverflachtung und Niedergang zu bewahren. Obwohl wir nicht nur ganz Steiermark mit Ausnahme von Graz besetzt, sondern weit darüber hinausgeschritten haben, breche ich, um Blutvergießen zu vermeiden, die Aktion ab. Die Heimwächterabteilungen haben sofort geschloffen in ihre Heimataemeinden abzurufen. Ich danke allen steirischen Kameraden für ihre unendlichen Opfer, die sie der Bewegung brachten. Gleichzeitig teile ich mit, daß ich meine Führerstelle bei dem Heimwächter zurückgebe.
Dr. Walter Priemer.

Bundesführer Kauter hat seine Funktion im Heimwächter ebenfalls niedergelegt.

Auch dieses irrsinnige politische Verbrechen, das der nationalistiche Heimwehrführer Dr. Priemer vom Samstag zum Sonntag in Teilen Oesterreichs verübt hat, zeigt wieder einmal in erschreckender Nachtheit nicht nur, welches Maß von politisch-verbrecherischen Anlagen bei unseren Nationalisten vorhanden ist, sondern der Rutschversuch beweist auch, daß den Nationalisten aller Schattierungen, mögen sie immer in einem Lande ihr Unwesen treiben, wo es nur sein mag, die Notlage eines Staates und des Volkes höchst gleichgültig ist, wenn sie glauben, ihren verbrecherischen Gelüsten die Fügigkeit lassen zu können. Im übrigen ist es vollkommen klar: Wenn militärisch organisierte Haufen und Verbände jahrelang in Wort und Schrift gegen den Staat aufgebracht werden, so muß eines Tages die Wirkung der systematischen Hehe sich in Gewalttätigkeiten gegen den Staat und gegen Menschen auslösen. Der österreichische Staat und das österreichische Volk leiden ebenfalls unagbar schwer unter der furchtbaren Weltkrise. Das hielt aber die Verbrecher in der Führung der Heimwehren, die Geist vom Geiste unserer deutschen Nationalisten sind, nicht davon ab, dem ohnehin so hart geprüften österreichischen Volke durch den Versuch des Bürgerkriegs neuen unermeßlichen Schaden zuzufügen.

Es darf anerkannt werden, daß die Bundesregierung, Polizei, Gendarmerie und die Bundestruppen, prompt ihre Pflicht erfüllt und die irrsinnigen Haufen zusammengetrieben haben. Aber die österreichische Regierung hat nunmehr eine lehrreiche Warnung dafür erhalten, wohin es führt, wenn man eine Organisation geradezu jahrelang häßfacht, die sich unentwegt und ganz offen als Feindin des bestehenden Staates erklärte. Inwiefern ist die österreichische Bundesregierung nicht unschuldig daran, daß großwahnsinnig gewordene nationalistiche Führer glaubten, den Staat an der Gurgel packen zu können. Der Vorgang in Oesterreich ist aber auch einmal, sowohl der deutschen Reichsregierung wie

den Regierungen der einzelnen deutschen Länder zur scharfen Warnung zu dienen. Wir haben Organisationen und Verbände genug, die, wenn sie glauben, der Zeitpunkt wäre ihnen günstig, sofort bereit sind, dem Staate ebenfalls in die Gurgel zu springen, um ihn zu erwürgen. Daß in Deutschland jahrelang ein solch notorischer und gewissenloser Hochverräter wie Adolf Hitler geradezu einen kleinen militärischen Staat im Staate ungestraft aufbauen kann, das ist nicht nur seit Jahren ein deutscher Skandal, sondern die Tatsache kann auch einmal zu erheblichem Blutvergießen führen. Die Regalitätsidee des Hochverrätters Hitler kann doch die deutsche Regierung unmöglich ernst nehmen, als es Hitler und die Seinen tun. Wir sind überzeugt, daß auch in Deutschland ein Rutschversuch, möge er von Rechts- oder Linksradikalen oder, da beide Richtungen im Grunde genommen einig sind, von beiden zusammen unternommen werden, an der Staatsmacht und, wenn erforderlich, auch an der Kraft der organisierten Arbeiterpartei gescheitern würde. Aber allein die Möglichkeit, daß durch oftmals gottsträfliche Langmut der Regierenden frotzige Gesellen mit dem Gedanken des Rutschens spielen können, schädigt den Staat und schädigt das Volk. Das haben die Oesterreicher gerade jetzt wieder erfahren und in Deutschland sollte man das ernstlich zur Notiz nehmen.

Englischer Gewerkschaftskongress für Verstaatlichung der Eisenindustrie

Auf dem Gewerkschaftskongress in Bristol wurde beschlossen, eine Untersuchung über das Problem der Rüstung durch den Generalrat vornehmen zu lassen. Es wurde weiter mit 1,8 gegen 1,4 Millionen Stimmen eine Entschließung angenommen, die die Vereinigung der gesamten Eisen- und Stahlindustrie in einem einzigen öffentlichen Unternehmen verlangt. Die Stärke der Opposition gegen diese Resolution erklärt sich daraus, daß manche der Anführer, die dieser Plan mache die Einführung von Eisenröhren notwendig.

Sozialdemokratischer Parteivorstand

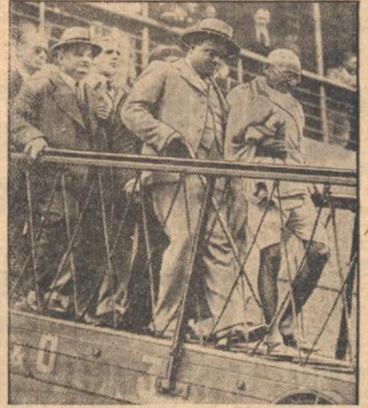
Der sozialdemokratische Parteivorstand hat den Parteivorstand zu einer Sitzung für Dienstag, 22. September, nach Berlin einberufen.

Ueberreichung der deutschen Einladung in Paris

Paris, 12. Sept. Der deutsche Geschäftsträger, Botschaftsrat Dr. Forster, hat heute vormittag dem französischen Ministerpräsidenten Laval für den 27. September die offizielle Einladung der Reichsregierung für ihn und für den französischen Außenminister Briand nach Berlin zum Wochenende überbracht. Der französische Ministerpräsident hat die Einladung angenommen. Die Einzelheiten der Reise werden später vereinbart werden.

Aufnahme Mexikos in den Völkerbund

Genf, 12. Sept. Mexiko ist heute durch einstimmigen Beschluß der Bundesversammlung in den Völkerbund aufgenommen worden. Es hat seinen Beitritt ohne Vorbehalt vollzogen.



Ankunft Gandhis auf dem europäischen Kontinent

Curtius vor dem Völkerbund

Wirtschaftskrise - Finanznot - Abrüstungsfrage

Genf, 12. Sept. In der heutigen Sitzung der Völkerbundversammlung ergriff Reichsaussenminister Dr. Curtius das Wort und führte u. a. aus: Ich glaube, daß die Augen der Völker jetzt auf Genf gerichtet sind, die vor allen Dingen wissen wollen, ob die hier versammelten Staatsmänner im Stande sind einen Ausweg aus der Not zu finden oder wenigstens vorzubereiten, und ob wir eine berechnete Lösung darauf geben können, daß es in der brennenden Frage der Abrüstung bei der kommenden Konferenz zu greifbaren Ergebnissen kommt.

Die Gefahren der Wirtschaftskrise haben sich aufs Äußerste gesteigert. Mangel und Hunger auf der einen Seite, Zusammenbruch von Kapital und Anhäufung von Gold in anderen Ländern, zum anderen Entlohnung von Kapital und unerträglicher Arbeitslosigkeit sind die furchtbaren Erscheinungen der Zerrüttung der internationalen Wirtschaft die Arbeitslosigkeit in den Industrieländern, die sich im kommenden Winter in einer noch nicht abzusehenden Weise steigern wird. Ein Heer von restlos Verzweifelten, die tabakalen und revolutionären Einflüssen zu leicht zugänglich sind! Niemand wird sich darüber täuschen, daß die Erde bebzt, auf der der Bau unseres heutigen Wirtschafts- und Währungs-systems sowie unserer Kultur errichtet ist.

Das bedeutsamste Ergebnis der bisherigen Arbeit des europäischen Studienkomitees ist der Bericht, den der Ausschuss der Wirtschaftsexperten vorgelegt hat und der auch dem Völkerbund vorliegt. Der Ausschuss hebt eigentlich als einziges Mittel für wirtschaftliche Annäherung, den wirtschaftlichen Zusammenschluß an. Bei dieser bloßen Feststellung darf es natürlich nicht bleiben. Die Regierungen müssen unverzüglich an die Aufgabe herantreten, den Gedanken des wirtschaftlichen Zusammenschlusses so umfassend wie möglich schon in der nächsten Zeit in die Wirklichkeit umzusetzen. Das Ergebnis dieser Bemühungen wird ein Prüfstein dafür sein, wie weit heute in Europa der Wille zu großzügiger, praktischer Zusammenarbeit wirklich vorhanden ist. Auch das Problem der Zollpräferenzen für Getreide bezieht die Minister als einen solchen Prüfstein für den Willen zur Zusammenarbeit. Die Anregung, kleine Sachverständigenkomitees nach den Hauptwirtschaftszentren in Asien und Lateinamerika zu schicken, um dort die Lage zu studieren, erhebe ich im beachtenswerten.

Hierauf wandte sich Dr. Curtius dem finanziellen Problem der Krise zu. Die gewaltigen politischen Zahlungen von Land zu Land erfolgen ohne wirtschaftliche Gegenleistung. Sie entzogen dem an sich schon kapitalarmen Schutzeuropa anderwärts große Kapitalmengen und zwangen diese Länder im Interesse des Schutzes ihrer Währung zu desaströsen Maßnahmen, die sich in hohen Zinsätzen, schwindender Kaufkraft, daher fallender Einfuhr und Steigerung der Ausfuhr äußerten. Ein Fortdauern dieser Entwicklung, d. h. die Ermöglichtung der Zahlung politischer Schulden durch Droßelung der Einfuhr und forcierte Steigerung der Ausfuhr der Schuldnerländer, muß nicht nur für diese Länder, sondern für die ganze Weltwirtschaft die verheerlichsten Folgen haben. Die Goldwährung ist einer der Hauptfaktoren der wirtschaftlichen Entwicklung der Welt in den letzten hundert Jahren gewesen. Jetzt besteht die Gefahr, daß dieses Gold abzurufen führt. Als Vertreter Deutschlands liegt mir daran, auch von dieser Stelle aus, die Großzügigkeit des Hooverplans und die Erleichterung, die er für mein Land gebracht hat, anzuerkennen. Aber das Heftjahr schafft nur eine vorübergehende Atempause. Von verschiedenen Vordrängern ist mit aller Deutlichkeit betont worden, daß das Problem der internationalen Zahlungen im allgemeinen Interesse eine Gesamtlösung erfordert, die der Krise wirklich ein Ende macht. Das ist die große Aufgabe, vor die sich die Welt stellt. Auch dieses Gebiet kann nur dann Erfolg haben, wenn jedes Land die ihm zugehenden Möglichkeiten für die Ueberwindung der Krise erschöpft. Ich kann für die deutsche Regierung in Anspruch nehmen, daß sie dies getan hat und dabei auch nicht vor den ersten Maßnahmen zurückgeschreckt hat. Es liegt nicht nur im Interesse meines Landes, sondern auch im allgemeinen Interesse, die Forderung zu stellen, durch internationale Zusammenarbeit zu bewirken, jetzt diese Probleme zu lösen. Das Vertrauen zwischen den Völkern kann nur dann eine feste Grundlage finden

und bewahren, wenn es auf der verständnisvollen Anerkennung der berechtigten Interessen und Auffassungen beruht. Diese Grundlage darf auch durch die schlimmste materielle Notlage eines Landes nicht gefährdet werden. Wir müssen ganz offen daransprechen, daß in vielen Ländern ein weitgehender Skeptizismus gegenüber dem Völkerbund und eine wachsende Gleichgültigkeit beobachtet ist. Die deutsche Regierung wird es nicht daran festhalten lassen, zu einer internationalen Zusammenarbeit mit allen Kräften beizutragen.

Ich begrüße es, daß der bevorstehende Besuch der französischen Staatsmänner in Berlin Gelegenheit bieten wird, den unmittelbaren Gedankenaustausch fortzusetzen und ich knüpfe daran die Hoffnung, daß es auf diesem Wege zu Ergebnissen kommt, die den beiden Ländern zum Vorteil gereichen und darüber hinaus auch dem allgemeinen Weltinteresse dienen.

Ich komme zu der Abrüstungsfrage. Wenn Herr Grandi die Ansicht vertritt, daß die friedliche Streitlösung und die Abrüstung zusammen die entscheidenden Mittel zur Erhöhung der Sicherheit darstellen, so kann ich dem nur mit aller Entschiedenheit zustimmen. Die Sicherheit der Staaten ist nur dann eine Wirklichkeit, die die Erhaltung des Friedens, wenn alle Staaten an ihr im gleichen Maße teilhaben. Der Schlüssel des Gebäudes einer Friedensorganisation kann erst gelockt werden, wenn durch einen vorherigen Ausgleich der Rüstungen sichergestellt ist, daß eine Währungsreform nur in paritätischer Weise gegen jedes Bundesmitglied nicht aber mit Hilfe bestimmter stark gerüsteter Staaten gegen andere angewandt werden kann.

Die Aufgaben der kommenden Abrüstungskonferenz ist eine starke und wirksame Herabsetzung der Rüstungen, zugleich muß der Weg festgelegt werden, auf dem das endgültige Ziel, wie es in Artikel 8 der Satzung bestimmt ist, erreicht werden soll. Unter dieser Bedingung der gleichmäßigen Herabsetzung der Rüstungen würde eine bloße Legitimierung der Rüstungen auf dem jetzigen Stand eine Anerkennung dieser Rüstungsunterschiede bedeuten und wäre ein Scheitern der Konferenz gleichzusetzen. Man hat einer Anzahl von Staaten, darunter meinem Lande, unter dem Druck eines verlorebenen Krieges die Verpflichtung zur Verminderung der Rüstungen auf einen Minimalstand auferlegt. Die Verpflichtung ist schon lange ausgeführt. Deutschland hat keine Artillerie, keine Militärflugzeuge, keine Tanks, keine Unterseeboote. Deutschland ist zum Teil sogar unter dem ihm auferlegten Ziffern des Vertrages von Versailles geblieben. Den Verpflichtungen, die Deutschland im Jahre 1919 übernahm, steht das bindende Versprechen der anderen Staaten gegenüber, daß die Entarmung Deutschlands dazu dienen soll, die allgemeine Abrüstung der anderen Staaten einzuleiten. Die deutsche Abrüstung wolle der erste Schritt für eine allgemeine Abrüstung sein. Zwölf Jahre sind festsitzend verstrichen, und seit fünf Jahren gehört Deutschland dem Völkerbund an, ohne daß diese Verpflichtungen eingelöst worden sind. Wenn jetzt endlich die Abrüstungskonferenz zusammentritt, so kann von deutschen Volk verlangt werden, daß es sich mit einer Legitimierung der gegenwärtigen Rüstungsverhältnisse abfindet. Eine starke, wirksame Verminderung der Rüstungen der starkgerüsteten Staaten ist daher für Deutschland die unerlässliche Voraussetzung für das Gelingen der Konferenz. Wenn die Abrüstungskonferenz zu einem politisch erträglichen Ergebnis führen soll, muß sie überdies dafür sorgen, daß künftig auf dem Gebiete der Rüstungsbeschränkung nicht internationale Rechtfertigungen zweierlei Charakters nebeneinander bestehen bleiben, je nachdem es sich um im Weltkrieg unterlegene oder um andere Staaten handelt. Der Ausgangspunkt muß die Gleichberechtigung aller Staaten sein, so daß innerhalb der Völkergemeinschaft nicht mehr mit zweierlei Maß gemessen wird. Es muß für alle die gleiche Methode bei der Verabreichung und Legitimierung der einzelnen Rüstungsfaktoren gelten.

Es handelt sich um das Schicksal des Völkerbundes. Verfaßt der Völkerbund gegenüber dieser Aufgabe, dann hört er auf, das zu sein, was die Völker und wir alle von ihm erwarten. Ein Scheitern der Abrüstungskonferenz würde dem Völkerbund die moralische Autorität nehmen, in einer Welt politischer Spannungen, die nach einem friedlichen und zweckvollen Ausgleich lauchten.

Jahrestag der Reichstagswahlen

Ein Rückblick auf den 14. September 1930

Am 14. September ist ein Jahr seit der Reichstagswahl vom 14. September 1930 verflissen, die Nationalsozialisten und Kommunisten eine so starke Vermehrung ihrer Mandatszahl brachte, daß die parlamentarische Arbeit in den bisherigen gewohnten Formen des parlamentarischen Lebens unmöglich wurde. An diesem Tage wurde jener Reichstag geboren, in dem der organisierte Kaba und das Rowdium von der äußersten Rechten bis zur Linken den Ton angab. Diese Wahl war eine ausgesprochene Krisenwahl. Die Angehörigen des proletarischen Mittelstandes waren sich in Massen der faschistischen Partei in die Arme. Die gesamte bürgerliche Front geriet ins Wanken. Selbst in den sogenannten Mittelparteien kapitulierten man geistig vor dem Faschismus. Wie geküßt hatten die bürgerlichen Parteien auf diese Wahl. Sie erwarteten den Staatsstreich der Sieger, ohne den Willen, ihm Widerstand entgegenzusetzen. Die Sozialdemokratische Partei hat sich vom ersten Tage an nach der Wahl der faschistischen Welle entgegen geworfen. Ihr energisches und geschicktes Auftreten hat den faschistischen Staatsstreich verhindert. Ihr ist es zu danken, daß der Rahmen der demokratischen Verfassung nicht vollständig zerprengt wurde.

Der Jahrestag dieser Wahl sollte allen, die am 14. September 1930 mit Nationalsozialisten und Kommunisten für die Politik des Selbstmordes eintraten sind. An sich sein, Abrechnung mit sich selbst darüber zu halten, was sie getan und herbeigeführt haben! Die erste Wirkung dieser Wahl war eine vollständige Erschütterung des deutschen Kredit im Ausland. Ungefähr eine Milliarde Mark an Auslandskrediten wurde aus Deutschland abgezogen. Damit war der Anfang zu weiterer katastrophaler Zuspitzung der Wirtschaftskrise, zur Verschärfung der Krise der Arbeitslosigkeit gemacht. Ohne die Sozialdemokratische Partei wäre unmittelbar nach der Wahl die Katastrophe hereinbegegnet. Die Sozialdemokratische Partei hat sich mit ihrer Politik der Abwehr des Faschismus zugleich gegen die katastrophale Zuspitzung gestellt und hat damit die Interessen des Volkes und namentlich der Arbeiterklasse geschützt. Dies Jahr der Aktivität der Sozialdemokratischen Massen und des Kampfes gegen den politischen Wahnsinn war zugleich ein Jahr des Kampfes mit politischen Mitteln gegen die letzte und äußerste Katastrophe, die durch die nationalsozialistisch-kommunistische Welle hereinbrechen drohte.

Die Sozialdemokratische Partei hat sich nicht gegen die Katastrophe des kapitalistischen Systems gestellt, sondern gegen die Katastrophe der Volkswirtschaft, gegen die Katastrophe der Verformung des Volkes. Es ist selbstverständlich, daß die beste politische Strategie und die stärkste Aktivität der Sozialdemokratischen Massen den 14. September 1930 nicht aus der Welt schaffen konnten. Sie haben lediglich seine Auswirkung abgemildert. Die Bürokratie im auswärtigen Dienst des Reiches hat sich im Laufe des Jahres bei verschiedenen Gelegenheiten von der Politik Stresemanns abgewandt. Der Kurs der deutschen Außenpolitik ist durch die Anzeichen der äußersten Rechten auf die Bürokratie bedenklichen Schwankungen unterworfen worden. Es sind Experimente unternommen worden, die in ihrer letzten Wirkung in derselben Richtung gewirkt haben wie die Wahl vom 14. September 1930. Hinzu tritt die Tatsache, daß in der Reichsregierung ein ausgesprochener Interessentminister, der Minister der Großhaare, Herr Schiele, demnächst die Sache der Großhaare vertreten kann, so, als ob es keine Not und keine Wirtschaftskrise gäbe. Und schließlich hat der blutige Kleintrieb, der in den Straßen der deutschen Städte ununterbrochen geföhrt wird, das Vertrauen des Auslandes in die Stabilität der deutschen Verhältnisse mit untergraben.

Eines aber ist im Laufe dieses Jahres der Sozialdemokratischen Strategie gelungen: Sie hat verhindert, daß der Heranbruch des politischen Chaos die ungeheure Schuld der kapitalistischen Selbstherrscher verdeckt hat. Der große Zusammenbruch von Großkonzernen und Großbanken, der im letzten Viertel dieses Jahres eintrat, ist, wird darum dem Volke in seinen Ursachen erkennbar. Der Plan der bankrotten Wirtschaftsführer, ihren Bankrott und ihre ungeheure Schuld durch einen faschistischen Staatsstreich zu überdecken, ist zunichte gemacht worden!

Heute, ein Jahr nach der Wahl vom 14. September 1930, hat der große Zusammenbruch der Zeit den Stempel aufgedrückt. Das Geschick gegen den Nationalismus ist verurteilt, die Lage von der marxistischen Mißwirtschaft zusammengebrochen. Immer tiefer bringt die Erkenntnis ins Volk, daß die letzte Zuspitzung der Not der Ausfluß des kapitalistischen Systems, die Schuld der Führer des Finanzkapitals und der Schwerindustrie ist, die ihre wirtschaftliche Macht zugleich politisch gegen das Volk mißbraucht haben. Mit dem Annäheren der Volkswirtschaft gegen das kapitalistische System wird zugleich sichtbar, daß die Parteien, die der Wahl

vom 14. September 1930 das Gepräge gegeben haben, in dieser geschichtlichen Situation ihren Wählern nichts zu sagen haben! Die scheinsozialistischen Phrasen der Hitlerpartei sind verhallt. Die Abhängigkeit dieser Partei von den bankrotten Wirtschaftsführern, ihre Subventionierung durch die Herren der Schwerindustrie sind im Laufe des Jahres sichtbar geworden. Ein Jahr hat genügt, um ihr wahres Wesen zu enthüllen: Sie sind die letzte Schutzgarde eines bankrotten kapitalistischen Führertums. Bei den Kommunisten regiert die scheinrevolutionäre Phrasie die Stunde. Von einem ernsthaften Kampf gegen die kapitalistischen Bankrotteure ist bei ihnen so wenig die Rede, daß sie sich zur Hilfsstruppe der Nationalsozialisten und der kapitalistisch-aroganten Reaktion beim Volksentscheid gegen die Preußentregierung herabgewürdigt haben.

Am 14. September 1930 gab die geistige Verwirrung des Volkes, der Rebel der nationalsozialistischen und kommunistischen

Phrasen der Stunde das Gepräge. Heute hat der harte Gang der kapitalistischen Krise die großen geschichtlichen Klassengegenstände in der Gesellschaft durch den Rebel hindurch sichtbar werden lassen und hat die Lehren des Marxismus bestätigt. Dies Jahr des Kampfes hat die Kerntruppen des Sozialismus, hat die Sozialdemokratische Partei innerlich und organisatorisch gestärkt. Sie wird ihren Kampf unermüdet fortsetzen. Er gilt nicht nur den faschistischen Hilfsstruppen des Kapitalismus, er führt heute zum unmittelbaren Angriff gegen die Kernwerke der kapitalistischen Macht, gegen die Beherrschung der Großbanken und der Schlüsselindustrie durch kapitalistische Finanzmagnaten und Industrieherren. Ein Jahr nach jener Reichstagswahl, die nach dem Willen des bankrotten kapitalistischen Führertums dem Sozialismus eine entscheidende Niederlage beibringen sollte, ist der Kampf um den Sozialismus zur unmittelbaren Gegenwartsaufgabe geworden!

Freistaat Baden

Die französische Sperre gegen Holzeinfuhr

Wohin sollen die Erzeße des Protektionismus noch führen?

Es scheint das Schicksal der kapitalistischen Welt zu sein, zu einer Sanierung der Welt zu kommen und statt Maßnahmen zu ergreifen, welche die Wirtschaftskrise wirklich zurückgedämmt und zu der von allen Völkern begehrten Lösung bringt, den Knoten immer noch mehr zu verwickeln. Auf außenpolitischem Gebiet treiben nationalistische Führer in den verschiedensten Staaten ihren Unfug, auf lokalem Gebiet feiern die Sozialreaktion allerorts Triumphe, indem sie den hungernden Völkern den Schmachtriemen noch enger zieht und auf wirtschaftlichem Gebiet macht sich mehr und mehr ein extremer Protektionismus breit, der durch einschneidende Zollmaßnahmen die Völker noch mehr trennt, statt sie durch eine stärkere Verbindung der Wirtschaft zu vereinen und damit zur Besserung der Lage zu dienen. Als eine der bedauerlichsten Erscheinungen auf diesem Gebiet ist die letzte Woche von Frankreich aus verhängte Sperre gegen Holzeinfuhr aus Deutschland zu verzeichnen, die übrigens in Verbindung steht mit einer Verfügung gegen die Einfuhr von Wein aus Italien und Spanien. Wir in Baden als ein Land, für dessen Wirtschaft der aus den Wäldern des Schwarzwaldes kommende Holzhandel eine überaus große Rolle spielt, haben alle Ursache, auf Beseitigung dieser Maßnahme zu dringen und daher von der Reichsregierung zu wünschen, daß sie alle Schritte ergreift, um Frankreich zu veranlassen, diese Maßnahme zurückzunehmen. Angeht die Gesamtsituation der Wirtschaft muß es jedoch außerdem als überaus bedauerlich bezeichnet werden, wenn die europäischen Staaten statt die Ratsschlüsse aller Sachverständigen im Völkerbund auf Beseitigung des extremen Protektionismus, zu hören noch höhere Zollschranken errichten oder gar zu Sperren übergehen. Immer mehr zeigt sich so, daß die Weltwirtschaft nicht durch einen rigorosen Nationalismus und kurzfristigen Kapitalismus aus dieser Krise herauskommen kann, sondern, daß die Völker zwangsläufig sich veranlassen müssen, zu sozialistischen Maßnahmen überzugehen, wenn nicht diese Wirtschaftskrise mit einem wüsten Chaos enden soll.

Reichsbahndirektionspräsident a. D. Schulz †

In Heidelberg ist der ehemalige Präsident der Generaldirektion der badischen Eisenbahnen, Staatsrat Schulz, gestorben. Der Verstorbene, dessen Name einst als Leiter der badischen Eisenbahnen vor ihrer Verstaatlichung viel genannt wurde, trat nach Vollendung seiner kaiserlichen Studien im Jahre 1883 in den Dienst der badischen Finanzverwaltung. 1917 wurde er zum Staatsrat ernannt und Anfang 1918 wurde er als Generaldirektor zur Leitung der ehemaligen badischen Staatseisenbahnen berufen. Am 1. April 1924 trat Staatsrat Schulz in den Ruhestand unter Verlegung seines Wohnsitzes von Karlsruhe nach Heidelberg.

Schulz wirkte besonders im Sinne einer Vereinheitlichung des deutschen Eisenbahnwesens. Im Verfolg seiner Bestrebungen setzte er sich u. a. mit Erfolg für die Neuordnung der Leitung des Güterverkehrs im innerdeutschen Bereiche ein, die den gegenseitigen Wettbewerb der deutschen Bahnen in erträgliche Grenzen zurückbrachte. Im gleichen Sinne wirkte er auch mit für eine Betriebsmittellgemeinsamkeit der deutschen Staatsbahnen mit dem Erlaß, daß schließlich der Zusammenschluß der deutschen Staatsbahnen im Staatsbahnwesenverband und damit eine vollständige Verwahrung der deutschen Güterverkehr innerhalb des Reiches zustande kam. Vom Gebiet des Personalarbeitswesens sei hier die Personalarbeitsreform vom Jahre 1907 erwähnt, die zur Vereinheitlichung der Fahrpreise der deutschen Staatsbahnen führte. Unter der tatkräftigen Förderung des Staatsrats Schulz wurde ferner eine große

Zahl neuer Nebenbahnen vom Staat gebaut und betrieben oder der Bau privater Nebenbahnen mit Staatshilfe ermöglicht.

Ein Hirtenbrief über die wirtschaftlichen Nöte

In den Kirchen der Erzbischof Freiburg wurde ein Hirtenbrief Erzbischofs Dr. Carl Frik verlesen, der sich mit den wirtschaftlichen Nöten unserer Zeit befaßt und zur tätigen Mitarbeit für die Notleidenden auffordert.

In dem Hirtenbrief führt Erzbischof Dr. Carl Frik aus, welche Gefahren in den äulenden Sorgen und in der großen Arbeitslosigkeit liegen. Das nutzlose Sehen und Schelten über die Verhältnisse verbärte allmählich die Gemüter und mache die erbarrende Liebe schwinden. Sinn komme, daß eine gewisse Aufreizung der Bedrückten die Lage noch schwieriger mache und geradezu gefährlich gehalten könne. Es seien Kräfte am Werk, die mit allen Mitteln suchten, die Notleidenden und Unzufriedenen aufzuheben. Leider hätten wir durch unkluge Ueberheblichkeit und durch das unrelle Geschäftsgebahren gewisser Unternehmungen, mancherorts auch durch leichtfertige und verschwenderische Lebenshaltung das Vertrauen des Auslandes zum Teil verloren. Haben nicht auch manche unter uns Aufwendungen gemacht, die unnötig waren? Sind nicht Gesellschaften, Gemeinden und Städte im Aufwand für Prachtbauten, festliche Veranstaltungen usw. zu weit gegangen? Ist nicht viel Geld für Bedürfnisse unnötig ins Ausland gewandert, die entweder nicht dringlich waren oder auch im Inland hätten betrieblid werden können? Es möchten doch endlich die in den Großstädten führenden Persönlichkeiten in Industrie, Handel und Politik zu erster Beratung darüber sich zusammensinden, wie die Krise von heute gemindert und allmählich beseitigt werden kann. Mit solchen, die über alles aburteilen, gegen die verantwortlichen Männer im Staat, Reich und Kirche gehen, die die überaus große Aufgabe der wirtschaftlichen Besserung aber selbst nicht zu meistern vermögen, wollen wir eine Gemeinschaft nicht haben. Tätige Hilfe sei Christenpflicht.

Verhaftungen in Stockach

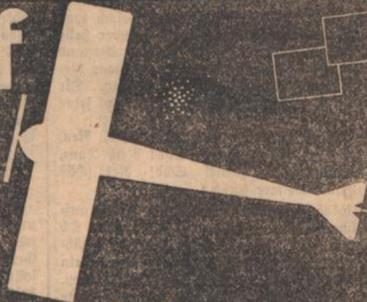
In Konstanz, 12. September. Durch die Vernehmung des kommunistischen Arbeiters Schimanky durch die Erslektion einer Handarante und die Auffindung der Dredbank in dem verlassenen Werkeller im Walde, liegt natürlich der Verdacht nahe, daß der Verurteilte mit einigen Helfershelfern dort eine Munitionsfabrik eingerichtet hatte. Ob Handaranten auf Baer gearbeitet worden sind oder welchen Zweck die künstliche Herstellung dienen sollte, muß die Unteruchung aufklären. Mehrere Verhaftungen sind bereits erfolgt, ebenfalls Hausuchungen und Verhöre; über das Ergebnis kann natürlich nichts mitgeteilt werden.

Badische historische Kommission und Pfalzgeschichte

Der aus Frankfurt am Main stammende verstorbene Direktor der Universitätsbibliothek Heidelberg, Geheimrat Professor Dr. Jakob Wille, hatte die Herausgabe einer neuen Geschichte der Pfalz übernommen, ein Werk, das durch seinen unerwarteten Tod unvollendet blieb. Wie wir jetzt hören, hat die Badische historische Kommission in ihrer letzten Plenarversammlung die Herausgabe der von Professor Wille im Manuskript hinterlassenen „Geschichten der rheinischen Pfalz“ beschlossen. Mit der Bearbeitung des Wertes ist Privatdozent Dr. Kurt von Raumer, Heidelberg, betraut worden. Ihm wird auch die Abfassung des zweiten Teiles übertragen, der die Geschichte der Pfalz von Otto-Deinlich bis zur Gegenwart behandeln soll.

Das Gesetz und Verordnungsblatt veröffentlicht in Nr. 55 eine Bekanntmachung des Staatsministeriums, worin die Geschäftsordnungen für die Dienststrafgerichte für nichtrichterliche Beamte sowie für die Dienststrafgerichte für richterliche Beamte mitgeteilt werden.

Gildehof



täglich über und in Karlsruhe

Gildehof ist überall zu Hause wo man Wert legt auf eine stets frische, aromatische und aus edelsten Orienttabaken hergestellte Qualitätszigarette, die trotz dieser Vorzüge nur 5⁸ kostet. Gildehof ist eine Höchstleistung unseres Hauses. Wer GILDEHOF raucht, beweist Geschmack.

HAUS BERGMANN ZIGARETTENFABRIK A. G. DRESDEN - A

In allen Gildehof-Packungen liegen Wertmarken für 25 Wertmarken 10 Gildehof gratis.



Verbrecherisches Privatkapital

Sozialdemokratisches Kampfsprogramm gegen die bankrotte kapitalistische Führung

In seiner bereits erwähnten Rede vor der Funktionärskonferenz der Berliner Sozialdemokratie machte Gen. Dr. Silberding zur wirtschaftspolitischen Lage folgende bemerkenswerte Ausführungen: Die gegenwärtige Krise ist nicht nur in ökonomischer, sondern auch in psychologischer und ideologischer Beziehung die schwerste Krise die der Kapitalismus je durchzumachen gehabt hat. Obwohl uns bereits dreizehn Jahre vom Ende des Weltkrieges berührt, hängen die außerordentlichen Härten dieser Krise doch unzweifelhaft mit der Liquidation des Weltkrieges zusammen. In der gegenwärtigen Krise erleben wir es zum ersten Male

daß auch das Finanzkapital von ihr voll erfaßt wird, jene monopolistische Organisation, die sich zum Herrscher der gesamten Wirtschaft aufgeworfen hat.

Diese Bank- und Kreditorganisation ist das Feinste aber auch Empfindlichste im Aufbau der kapitalistischen Wirtschaft. Die Apparatur des internationalen Kreditwesens ist deswegen so besonders empfindlich geworden, weil als Folge des Krieges ein Kapitalstrom von riesigen Ausmaßen von Europa nach Amerika geflossen ist. Es hat eine völlige Umwälzung bewirkt, indem es die früheren Schuldnerländer zu Gläubigern und umgekehrt geworden sind.

Wir müssen bei der gegenwärtigen Weltkrise zwei besonders ausgeprägte Krisenherde unterscheiden. Der eine ist Zentralamerika, der andere Südamerika, wo Chile bereits Zahlungen eingestellt, also den Staatsbankrott erklärt hat. Brasilien keine Schuldzinsen nicht mehr zahlen kann, und Argentinien steht vor der gleichen Tatsache.

Die deutsche Krise hat ihre wirtschaftliche und politische Seite. Es ist bekannt, daß die ersten großen Kapitalabflüsse aus Deutschland nach den Septemberwahlen einsetzten.

Die Berufungsspaule, die in den ersten fünf Monaten dieses Jahres eingetreten war, hatte ihre Ursache ganz zweifellos darin, daß die starke Abwehrpolitik der Sozialdemokratischen Partei gegen den Faschismus und damit auch die Säulung der Brüning-Regierung das Vertrauen im Auslande wieder erweckt hatte. Die letzten nach dem Kriegsumsturz im Herbst 1930 eingewanderten eine Anzahl Zusammenbrüche in Deutschland ein, die allerhöchste Mißtrauen gegen den deutschen Kapitalismus und gegen die Sicherheit der in Deutschland angelegten Kapitalien im Auslande hervorriefen.

Das Wirtschaftsverbrechen Kalküls brachte nach der Serie der vorangegangenen privatkapitalistischen Skandale das Maß zum Überlaufen. Nichts kennzeichnet die Kreditpolitik unserer Großbanken krasser als die Tatsache, daß die Gesamtbank zwei Drittel ihres Aktienkapitals in dem Nordwestdeutschen Konzern investiert hatte.

Diese Dinge müßten das deutsche Unternehmertum im Auslande allgemein kompromittieren. Wir haben dann jene dramatischen Wochen im Juli erlebt, in denen die Regierung zwei Großbanken unter die Arme greifen mußte, um das Verfall zu verhindern.

Was war der Sinn dieser staatlichen Bankentzückung? Sie bedeutet nicht mehr und nicht weniger als die Erkenntnis, daß in dem heutigen Stadium des Kapitalismus bei der heutigen Herrschaft des Finanzkapitals über die Volkswirtschaft es unmöglich ist, einen Teil der Kreditorganisation der Großbanken zusammenbrechen zu lassen, ohne ein wirtschaftliches Chaos heraufzubekommen. Die Bankentzückung war niemals eine Frage der Aktionäre und Einlagenbesitzer.

Und den fünf großen Berliner Banken hängt das gesamte Kreditwesen der deutschen Wirtschaft, hängen die Betriebsmittel für Rohne und Gehälter, hängen die Möglichkeit für die Fortführung der Produktion.

Das bedeutet: Die Banken sind heute gar nicht mehr Teile der privaten Wirtschaft. Das Aktienkapital spielt bei den Banken eine ganz untergeordnete Rolle. Die Bankkassen, die seit Jahr und Tag nicht genug gegen die öffentliche Wirtschaft und den Staat Sturm laufen konnten, haben sich jetzt gezwungen gesehen, bei dem Staat um Hilfe zu bitten. Die staatliche Säulung der Banken war also unvermeidlich.

Die Sozialdemokratie fordert aber nachdrücklich, daß der Staat die einmal übernommene Verfügungsgewalt nicht wieder aus der Hand gibt, und daß er nicht mit öffentlichen Mitteln, also mit Geldern des Volkes, den Banken nur zu helfen hat, um sie wieder in ihre privatwirtschaftliche Selbstberücksichtigung zu entlassen.

Wir brauchen ein so starkes Bankentamt, daß es auch bei der Reichsbank eine vollwirtschaftlich notwendige Kreditpolitik durchzusetzen vermag. Es ist klar, daß das richtige Funktionieren dieses Bankentamtes eine politische Maßnahme ist. Seine Wirksamkeit ist genau so politisch bedingt, wie der Arbeitslohn eine Frage der politischen Macht ist. Wir haben schon genügend gesellschaftliche Arbeitsnachweisinstitute in Deutschland. Es ist aber kein Wunder, daß diese Institute, z. B. die Schlichtungsinstitute, nicht so arbeiten, wie es die Sozialdemokratie will, wenn die Arbeiterkassen gespalten sind und uns ein Parlament in der Zusammenkunft vom September 1930 so beherrschte hat. (Stürmischer sehr richtig!)

Eine notwendige Ergänzung zu der Bankentzückung stellt die Forderung der Sozialdemokratie nach Kartellauflösung und der Errichtung eines Kartellamts dar. Auch dieses Kartellamt fordern wir mit Nachdruck ausgesetzt, die ihm rückwärts Information und Kontrolle sowie Eingriffe in die Preise sichern. Diesen beiden Forderungen gilt in erster Linie der wirtschaftspolitische Kampf der Sozialdemokratie.

Wir stehen vor einem außerordentlich harten Winter. Die dringendste Aufgabe ist die Sicherung der Lebenshaltung des deutschen Volkes und die Erhaltung der Arbeitslosen.

Der Wert der deutschen Produktion ist von 65 auf 43, also um 22 Milliarden gesunken. Das ist die Zahl aller Einnahmen der öffentlichen Finanzen und sämtlicher Sozialversicherungsinstitute. Das kennzeichnet die Schwere des Problems. Die Erhaltung der Arbeitslosen ist eine Frage der Erhaltung der Gemeindefinanzen. Die Sozialdemokratie fordert die Zusammenlegung der Kräfte und Wohlfahrtsfürsorge in einer Reichsarbeitslosenfürsorge, setzt sich aber mit allen Mitteln für eine Erhaltung der Arbeitslosenversicherung ein. Wenn das Reich bei der Zusammenlegung der Gemeindefinanzen und Wohlfahrtsunterstützung die 60prozentige Last der Gemeinden übernimmt und den Gemeinden nur 40 Proz. Belastung verbleiben, so bedeutet das eine wesentliche Entlastung der Kommunen von 300 bis 400 Millionen.

Der Abschluß der kapitalistischen Gesellschaftsordnung zeigt sich darin besonders klar, daß dem Arbeiter auf der einen, ärarster Dünge auf der anderen Seite gegenübersteht.

Es geht nicht an, daß Kartoffeln in den Städten verfaulen und Arbeitslose in den Städten hungern, daß auf den Feldern die leibenden Masse von Brennmaterial hungern, und die erwerbslosen Massen hungern. Die Sozialdemokratie fordert daher zusätzlich für die Arbeitslosen eine Winterhilfe für die notwendigen Nahrungsmittel und Brennstoffe.

In der gelegentlichen Einführung der 40-Stundenwoche wird die Sozialdemokratie nach wie vor mit äußerster Energie festhalten.

Die Sozialdemokratie wird an ihrer Abwehrhaltung gegen die kapitalistische Gefahr festhalten.

(Stürmischer Beifall und Händeklatschen.) Wir werden im Oktober die schweren Entscheidungen stehen. Noch nie hat es eine sozialdemokratische Führergeneration gegeben, die durch eine so harte politische Schule gehen mußte wie die letzte. Da ist man den Führern auch einigen Kredit schulden! Wir werden in die kommenden Kämpfe mit Zuversicht gehen. Voraussetzung für jeden politischen Erfolg aber ist

die Einheit und Geschlossenheit unserer Bewegung. Jedes Aufschieben von Sonderorganisationen muß als Verbrechen an der Arbeiterklasse gebrandmarkt werden. (Lebhafte Zustimmung.) Bleiben wir einsig und geschlossen, so werden wir unsere Politik die der Stärkung der Arbeiterklasse dient, endlich zum Siege verhelfen. (Lebhafte, anhaltender Beifall.)

In der Diskussion wurde von Günther-Reußkötter eine Resolution vorgelegt, die die Aufgabe der Tolerierung der Regierung Brüning, sofortige Einberufung des Reichstages und Kampf mit außerparlamentarischen Mitteln forderte. Die Resolution Günther-Reußkötter wurde nur von etwa einem Fünftel der Versammlung unterstützt. Nach einem anfeuernden Schlusswort Silberding wurde eine Resolution des Bezirksvorstandes angenommen, die die Zustimmung zu der Entschließung der Reichstagsfraktion ausdrückt.

Aus aller Welt

Tragisches Ende des zweiten französischen Langstreckenfluges
Moskau, 12. Sept. Das Flugzeug „Bindestrich“ mit den französischen Piloten Lebriz und Doret und dem Mechaniker Melmin, das sich auf dem Flug von Paris nach Tokio befand, stürzte an der Mündung des Flusses Tanaj in die Bialaja im Gouvernement Ufa ab. Zwei von den drei Insassen wurden getötet.

Das große Los
Die 500 000-Mark-Prämie der Preuß.-Südd. Klassenlotterie ist nach Bayern und Hessen auf die Nummer 272 909 gefallen, die mit 1000 Mark gezogen wurde.

Deutscher Freiballon über dem Elbsee
Wien, 13. Sept. Aus Strahburg wird dem Matin gemeldet, daß am Mittwoch nachmittag ein deutscher Ballon Weihenbrunn überflog. Ein von der Polizei alarmiertes Jagdflugzeug konnte die Kennzeichen des Ballons nicht ermitteln, da er durch Ballastabwurf rasch in die Höhe stieg. Der Ballon wurde wieder über deutsches Gebiet getrieben, worauf er einen Kilometer von der Grenze entfernt landete.

Nationalsozialistisches Radantreiben in Berlin
Wien, 13. Sept. In der Nähe der Gedächtniskirche kam es am Samstagabend am Kurfürstendamm zu nationalsozialistischen Demonstrationen. Etwas 1000 anscheinend von einer Versammlung kommende Nationalsozialisten riefen unter lauten antisemitischen Rufen nach der Straße und pöbelten alle jüdisch aussehenden Passanten an.

Gandhi in London
Gandhi ist in London angekommen und befindet sich vor dem Quätern eine Anpflanzung.

Gemeindepolitik

Um die Kürzung der Gemeindegebühren in Bietigheim. Wie aus dem Voranschlag ersichtlich, besteht der hiesige Grundbuchbeamte über 100 Mark mehr Gehalt als unser Bürgermeister.

Staatsanwalt u. Frauengefängnis

Ein mysteriöser Roman und ein interessanter Prozeß

Von Stuttgart wird uns berichtet: Ein Oberstaatsanwalt, Elwert mit Namen, wohnt bei Heilbronn, debütierte als Romanschreiber. Sein Opus erschien unter dem Titel „Mehlis“ anonym in einem Leipziger Verlag. Das Thema war seiner Berufssphäre entnommen, der Justizverwaltung. Im wesentlichen handelte es sich dabei um die Erörterung des Strafvollzugs in einem Frauengefängnis, wobei ein Staatsanwalt, der sich nicht nur juristisch, sondern auch sittlich als ziemlich unzulänglich erweist und strafbare Handlungen begibt, sehr schlecht wegkommt. Als handelnde Person mußte er in dem Roman natürlich auch einen Namen haben, und so taufte ihn der Verfasser S a e d o r n. Der Roman wurde nicht nur in juristischen Fachkreisen, sondern auch in der breiteren Öffentlichkeit viel erörtert, denn man sah ihn als einen logenentenen „Schlüsselroman“ an, d. h. als ein Werk, das in höchster Einfachheit tatsächlich vorgekommene Ereignisse schildert. Dieser Gedanke lagte ihm so sehr zu in den Kreisen der Leser, als sich bald herausstellte, daß es in Stuttgart in der Tat einen Staatsanwalt namens Hagedorn gab, dessen Schwester zum Ueberflus auch noch Mehlis hieß. Und weiter ergab sich, daß Oberstaatsanwalt Elwert mit seinem Stuttgarter Kollegen Hagedorn vor einigen Jahren schon in Heilbronn zu tun gehabt und überdies im Hause der Schwiegereltern Hagedorns gewohnt hatte.

Was wohl nirgends zutreffend sein wird, ist hier Tatsache. Es ist uns aber verständlich, wenn die hiesige bürgerliche Mehrheit, welcher auch Grundbuchbeamter S. angehört, in der Öffentlichkeit ausschließlich auf Sparfamkeit bedacht ist, aber ihrem eigenen Mißtraue das überhohe Gehalt nicht kürzt. Da nun der Voranschlag zur Beratung vorliegt, möchten wir nicht veräumen, auch den Herren im bürgerlichen Lager aufs eindringlichste empfehlen, einmal hier von der sonst theoretischen Sparfamkeit endlich ernstlich Gebrauch zu machen. Unsere Fraktionsgenossen, welche sich der drückenden Lage der Gemeinde bewußt sind, werden nicht veräumen, im gegebenen Moment, sich gegen dieses hohe Gehalt zu vermaßen.

Aus dem Gerichtssaal

Kaufe gleich - zahle später

H. Annuastoff erwarb sich der Zement- und Putzfabrikant G. aus Lindeheim. Auf Ratenszahlung! Da bereits bei der Bestellung großer Geldmangel vorlag, konnten später die Raten nicht eingezahlt werden. Die Folge war, daß die Firma den Stoff zurückforderte. Nun verweigerte G. aber die Herausgabe des Stoffes und machte über dessen Verbleib falsche Angaben. Später gelang es aber einem zweiten Gerichtsvollzieher doch, den Stoff zu erhalten. Nun hatte sich G. vor dem Einzelrichter zu verantworten. (Gerichtsschaffner Pflüger.) Nachdem er zuvor gegen einen Strafbefehl in der Höhe von 30 M Einspruch erhoben. Die Anklage lautet auf Unterschlagung. Durch die Einbehaltung des Stoffes war der Tatbestand als erwiesen anzusehen; G. wurde zu 60 M Geldstrafe verurteilt. Zum Schluss meinte auch der Ankläger, daß nun sein Geld fort wäre, er seinen Stoff habe und erst noch die Strafe zahlen sollte. Gegen das Urteil kündigte er Berufung an.

Die Motorräder ohne Benzin

Sechs jugendliche Angeklagte im Alter von 20 bis 23 Jahren fanden bei der Hauptverhandlung vor dem Amtsgericht in Karlsruhe. Sie hatten durch gemeinschaftliche Raubzüge im Rhein- und Neckargebiet die Gegend unsicher gemacht. Ein Teil der Angeklagten war schon seit längerer Zeit erwerbslos, das hielt aber keinen davon ab, ein Motorrad zu besitzen. Und der Besitz verpflichtete zum Fahren. Da die Angeklagten kein Geld für Benzin hatten, so entwendeten sie verschiedene Male bei einer Tankstelle in der Daxlender Straße Benzin. Es gelang auch vier der Angeklagten, einmal 60 Kilogramm und einmal 70 Kilogramm zu entwenden. Bei einer Fahrt nach Kistenwörth fanden sie auf der Straße ein unbewachtes Auto, aus dem sie sofort den Anläufer abschraubten. Einer von ihnen benötigte ein Holzhorn für sein Motorrad. In der Nähe eines Festplatzes fand sich bald das gewünschte und während einer Schmiere stand, wurde das Horn entwendet. Dann wurde für ein Motorrad noch ein Regler benötigt und ebenfalls sofort abmontiert. Bei einem Spaziergang im Hafengebiet fanden sie einen Schild mit der Aufschrift „Del“. Sie stiegen auch gleich ein und entwendeten 50 Kilogramm Mollotol.

Nun hatten sich die jugendlichen Räuber vor dem Richter zu verantworten. Die Angeklagten sind gefänglich. Alle ihnen zur Last gelegten Raubzüge geben sie zu. Von den sechs Angeklagten sind vier noch nicht vorbestraft. Bei der Urteilsverkündung wurde der Angeklagte U. zu 1 Jahr und 4 Monaten, R. S. zu 6 Monaten, M. S. zu 6 Monaten, L. R. zu 3 Monaten und 2 Wochen Gefängnis verurteilt. R. und S. erhielten eine Strafe von je 100 M. Bei der Urteilsbildung war ersicherend, daß fast alle Beteiligten Motorräder besaßen, obwohl sie arbeitslos waren und so nicht die notwendigen Mittel hatten. Strafmilbrand war der verhältnismäßig geringe Sachwert der gestohlenen Dinge.

Statt besonderer Anzeige
Am Sonntag, den 13. September entschlief nach kurzer schwerer Krankheit unser lieber Gatte, Vater und Bruder
Rechtsanwalt und Stadtrat
Wilhelm Frey
In tiefer Trauer:
Frau Emilie Frey, geb. Fladt
Willy Frey
Karl Frey, Reichsbahnmatrann
Karlsruhe, den 14. September 1931.
Die Feuerbestattung findet in aller Stille statt. — Von Beileidsbesuchen bitten wir abzusehen.



Ich brauche nur
Hummels Rasiermesser
Karl Hummel, Werderstr. 13
Mietervereinigung K'ruhe (e. V.)
663 418 1/2 (nur f. Briefk. Karte) Hummelbergr. 12, 663, IV.

Gewerkschaftliches

Die KGO. in heller Beleuchtung

Wie die rrrrevolutionären Maulbeiden in Wirklichkeit aussehen, dafür ein nettes Beispiel. In der Schnellpressenfabrik in Heidelberg ist der K.G.O.-Vorstand — ein gewisser E. Bastian — ein strammer K.P.D. und begeisterter Anhänger der K.G.O. Seit Jahren hatte der D.M. Heidelberg fortgesetzt wegen der Dummheiten, die Bastian im Auftrag seiner Partei in dem Betrieb anstellte, Schäden, die der gesamten Belegschaft zugefügt wurden, abzuwenden. Als nun Anfang dieses Jahres die K.G.O. wählen stattfanden, stellte Bastian eine eigene K.G.O.-Liste mit seinem Namen an der Spitze auf. Die Mehrzahl der Stimmen fiel bei der verhassten Arbeiterpartei der Schnellpressenfabrik in Heidelberg auf diese Liste und Bastian konnte sein Amt als K.G.O.-Vorstand weiter führen.

Infolge der Wirtschaftskrise muß auch in der Schnellpressenfabrik fürs gearbeitet werden, oder ist sogar eine vorübergehende Schließung angeordnet worden. Bastian als Betriebsratsvorsitzender war natürlich davon ausgenommen. Dies hinderte ihn aber nicht, nachstehendes Rundschreiben an die Belegschaft zu verteilen:

An die Belegschaft der Schnellpressenfabrik

Der Kapitalist läßt ohne Profit keinen Schornstein rauchen und keine Transmission drehen. Diesen kapitalistischen Grundsatze habt auch ihr Arbeiter der Schnellpressenfabrik jetzt an eigenen Leiden verspürt. Ihr seid entlassen auf unbestimmte Zeit. Ob alle Arbeiter überhaut wieder in den Betrieb kommen, ist mehr wie fraglich. Unter welchen Bedingungen der Betrieb wieder eröffnet werden soll, ist heute nicht bekannt.

Die Tätigkeit der sogenannten Kalkulatoren, zu denen ein Dritter eingestellt wurde, läßt darauf schließen, daß man Arbeiter aus dem Betriebe hinausrationalisieren will. An allen Maschinen wurden ferner Zeitstudien gemacht. Wurde dabei der Kalkulator Ludwig nicht immer freier? Es ist klar, daß diese Leute nicht zum Vergnügen bezahlt werden.

Bis Ende September sind der Tarif und Sonderabmachungen der Triebmontage abgelaufen. Sollen zu dem großzügigen Lohnabbau circa 20-25 Prozent indirekter Lohnabbau durch Abfordruderung kommen und 20 Prozent Urlaubsgeld neue Absätze kommen? Nein, dies darf es nicht geben. Rufft Euch auf, seigt den alten Kampfsinn, kämpft gegen jede Verschlechterung Eures Lohnes, verachtet Streikbrecher, auch wenn sie im D.M. organisiert sind.

Ihr Arbeiter werdet ausgefogen, Ihr erfahrt in lauter Steuerabsagen von Euren Lohn, während verdrachte Fabriken und Banken mit hunderten von Millionen Mark Subventionen aus Euren Steuergrößen, gestützt werden. Ihr müßt jetzt als Erwerbslose mit einer Hungerunterstützung leben, und könnt dabei langsam umrunde gehen.

Gibt es aus diesen unerträglichen Zuständen überhaupt noch einen Ausweg und eine Rettung für diese Arbeiterpartei?

Jawohl, es gibt nur noch einen Ausweg, den des revolutionären Klassenkampfes, den die gesamte Arbeiterpartei geben muß, wenn sie nicht in Barbarei untergehen will. Nur in einem freien sozialistischen Sowjet-Deutschland werden alle Arbeiter Arbeit, Brot und Freiheit haben. Seht nach Sowjet-Rußland, dort gibt es keine Arbeitslosigkeit und keine Betriebsstilllegungen. Dort werden neue Fabriken gebaut, dort fehlt es an qualifizierten Arbeitern, die in allen kapitalistischen Staaten erwerbslos auf der Straße liegen. Werdet Mitglied der K.G.O., organisiert mit der K.G.O. den Kampf gegen jeden Pfennig Lohnabbau und jede Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. Fort mit den laien Gewerkschaftsbossen. Sie haben sich lange genug mit Euren Beitragszahlern gemästet, dabei doch nur immer die Interessen der kapitalistischen Ausbeuter vertreten und die Arbeiterpartei schamlos verraten.

Kollegen! Ein ernstes Wort in ernster Stunde! Wenn an die einzelnen Kollegen die Aufforderung ergeht zur Wiederaufnahme der Arbeit und es werden irgend welche Verschlechterungen oder Bedingungen an Euch gestellt, darf kein Arbeiter oder Arbeiterin die Arbeit aufnehmen. Darüber hinaus müssen wir die Forderung aufstellen: 7-Stundentag mit vollem Lohnausgleich. Nicht Profit ist die Hauptsache, sondern Kampf um Arbeit, Brot und Freiheit.

Beseitigung der Lohnklauserei für ein freies sozialistisches Sowjetdeutschland.

Kollegen der Schnellpressenfabrik seid kampfbereit!

Mehr denn je gilt das Wort von Karl Marx im kommunistischen Manifest: „Das Werk der Befreiung der Arbeiterpartei vom Joch des Kapitals, kann nur das Werk der Arbeiterpartei selbst sein!“

Die K.G.O.-Liste der Schnellpressenfabrik

verantwortlich E. Bastian.
Die Firma stellte daraufhin den revolutionären Bastian zur Rede, und Bastian gab folgende Erklärung ab:
Erklärung betr. Flugblatt an die Belegschaft der Schnellpressenfabrik durch Leitung der K.G.O. der Schnellpressenfabrik!

Unterschiedener erklärt ausdrücklich, daß der Inhalt des angehängten Flugblattes, das von der K.G.O. verteilt worden ist, ein gemeiner Schwindel ist. Ich habe dasselbe weder entworfen und auch am Entwurf dessen nicht mitgearbeitet. Auch ist die Zustimmung zur Unterzeichnung deselben mit meinem Namen von mir nicht gegeben, auch habe ich das Original selbst nicht unterschrieben.

Der Arbeiterratsvorsitzende, a. E. Bastian.

Diese Erklärung wurde nun durch folgende Mitteilung der Direktion der breiten Öffentlichkeit übermittelt:

Mitteilung!

Es ist versucht worden, durch ein gefälschtes Flugblatt Unruhe in unsere Belegschaft zu tragen. Wir geben Ihnen hierzu eine Erklärung des Arbeiterratsvorsitzenden Bastian beiliegend bekannt. Schnellpressenfabrik A. G.: Die Direktion.

So sehen die rrrrevolutionären Maulbeiden aus. Arbeiter und Arbeiterinnen nehmt Euch ein Beispiel daran und wendet Euch mit Eitel von solchem Geschnäbe.

Ein organisierter Betriebsrat.

40 Jahre Brauereiarbeiterbewegung

(vom Lokalverein zur Gewerkschaft.)

Noch vor vier Jahrzehnten waren die Lohn- und Arbeitsbedingungen in der Brauindustrie völlig unzureichend. Es gab lange Arbeitszeiten bei denkbar schlechtester Entlohnung. Die Brauereiarbeiter mußten sich eine menschenunwürdige Behandlung gefallen lassen. So war z. B. das Verlassen des Betriebes während der beschränkten Freizeit vielfach von einer Genehmigung abhängig. Wer sich diesem Zwang nicht fügte, der lag auf die Straße und bekam in sein Arbeitszeugnis ein Geheimzeichen hineingedrückt. So war er gebrandmarkt.

Aber schon anfangs der 80er Jahre entstanden an vielen Orten lokale Brauereivereine, bis Ende 1884 von Berlin aus deren Zusammenfassung in einem Zentralverband propagiert wurde. Die Gründung dieses Verbandes erfolgte am 17. August 1885, als Allgemeiner Deutscher Brauereiverband. Er war föderalistisch aufgebaut, hatte jedoch einheitliche Grundzüge für die Arbeitslosenunterstützung. In Kreisen der Brauereiarbeiter war man nicht genug angetan, daß schon die Gründung des Verbandes die Arbeiterpartei zur Einführung einheitlicher Arbeitsverhältnisse bestimmen würde. Die Arbeiterpartei aber erklärte auf ihren Tagungen offen, daß eine Tagesarbeitszeit unter 18 Stunden nicht im Interesse der Arbeiterpartei liege und verschärfte den Terror. Durch die im Frühjahr 1889 in allen Breiten einsetzende Lohnbewegung wurden auch die Brauereiarbeiter mitgerissen. Der am 10. Mai 1889 in Hamburg ausgebrochene Brauerstreik entfachte die Bewegung auf der ganzen Linie. Es wurden Forderungen aufgestellt, die teils durch Verhandlungen, a. T. durch Streiks erfolgreiche Erzielung fanden.

Nun gab es natürlich Arbeiterpartei, die ihre Forderungen nicht einhielten. Das benutzte der damalige Generaldirektor der Reich-Dunckerischen Brauereiverbande, ein gewisser Goldschmidt, um die Brauereibewegung ins Reich-Dunckerische Fahrwasser zu leiten. Goldschmidt verzögerte, dem Verbandstag im Jahre 1890 einen Satzungsentwurf vorzulegen, wodurch sich jedes Mitglied verpflichtete, auf die Mitgliedschaft in der sozialdemokratischen Partei zu verzichten. Dieser laubere Plan wurde durch Wichte durchkreuzt. Unter seiner Führung wurde die Zeit bis zum nächsten Verbandstag im Jahre 1891 dazu benutzt, die vorwärts strebenden Elemente unter den Brauereiarbeitern zu sammeln und zu organisieren. Der so vorbereitete Verbandstag fand am 24. September 1891 in Hanno-

ver statt. Man hatte ihm den Charakter eines Brauereikongresses gegeben. Er brachte die Entscheidung über die Straffe Zentralisierung des Verbandes und dessen Anschließung an die Gewerkschaftskommission der Gewerkschaften Deutschlands. Das bedeutete praktisch die Spaltung des alten Verbandes. Nur die Vereine Berlin, Hannover, Braunschweig und Kiel sowie der bis dahin außerhalb des Verbandes stehende Fachverband der Brauer von Hamburg und Umgegend begannen unter Führung Wichtes den Kampf um geordnete Arbeitsverhältnisse. Der Verband zählte damals 550 Mitglieder und hatte keinen Pfennig Geld. Wichte war in einer Perion Vorsitzender, Kassierer und Redakteur.

Im gleichen Jahr bestand der Verband seine erste Feuerprobe in Nürnberg. Hier traten die Brauer, die inszwischen dem Verband beigetreten waren, kurz vor Weihnachten in den Streik. Wichte zog sich damals seine erste Gefährdung ein. Dann ging es aufwärts. Schon am die Jahrhundertwende konnte der Verband die Arbeits- und Lohnbedingungen stark beeinflussen. Die damals abgeschlossenen Tarifverträge legen Zeugnis ab von dem Wirksamkeit der Führer und dem Einfluß der Organisation. Die Arbeit wurde lange Zeit erdriert durch den Streik um die Organisationsform. Schon 1910 schlossen sich dem Brauereiarbeiterverband die organisierten Müllerarbeiter an. Bei Ausbruch des Weltkrieges waren durch die Arbeit des Verbandes für mehr als 80 Prozent der in Frage kommenden Arbeiter Lohn- und Arbeitsbedingungen tariflich geregelt.

Die Vorgänge im September 1891 bilden einen wichtigen Markstein in der Geschichte des Verbandes der Nahrungs- und Getränkearbeiter, eine wichtige Etappe im Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen und um eine höhere Kultur.

Lohnstarifkündigung in der Holzindustrie

In fast allen Tarifbezirken der Holzindustrie haben die Unternehmer die laufende Lohnstarifkündigung gekündigt. Im Rheingebiet verlangen die Unternehmer eine Herabsetzung der geltenden Löhne um 14 Pfennige pro Stunde. Anschließende Verhandlungen mit dem Deutschen Holzarbeiterverband sind ergebnislos verlaufen. Im Bezirk Bremen verlangen die Unternehmer einen Abbau der Stundenlöhne um 10 Pfennige. Auch hier sind die Verhandlungen gescheitert. Im Ruhrbezirk wurde für die Holzindustrie ein Schiedspruch gefällt, der ab 1. September die Holzarbeiterlöhne um 5 Pfennige und ab 1. Oktober um weitere 2 Pfennige kürzen soll.

Volkswirtschaft

Staatliche Subventionierung der Schweizerischen Uhrenindustrie.

Der Bundesrat in Bern hat einen Entwurf zu einem Bundesbeschluß betr. die Unterhaltung der Uhrenindustrie genehmigt. Danach wird der Bundesrat ermächtigt, sich im Namen der Schweizerischen Eidgenossenschaft an der Allgemeinen Schweizerischen Uhrenindustrie A.G. mit sechs Millionen Franken zu beteiligen und der genannten Gesellschaft über dies ein zinsloses Darlehen von 7½ Millionen Franken zu gewähren. Dieses Darlehen ist in Raten von einer Million Franken zurückzahlen, von denen die erste am 1. Juli 1934 erfolgt. Die Beteiligung des Bundes in Höhe von 6 Millionen ist zur Abfederung von den Risiken der Allgemeinen Schweizerischen Uhrenindustrie A.G. zu verwenden. Die für die Abfederung weiterer fünf Millionen Schweizer Franken nötigen Mittel sind von der Uhrenindustrie aufzubringen.

Zahlungseinstellung der Spinnerei St. Blasien A. G.

St. Blasien, 12. Sept. Die Spinnerei St. Blasien A.G. hat am 10. d. Mts. ihre Zahlungen eingestellt. Sie beendete diesen Schritt mit der langanhaltenden Absatzkrise, den fortgesetzten inneremischen Verlusten bei Verkäufen der Fertigarbeiten, den Zusammenbruch des Baumwollmarktes, durch den auf alle nicht erfüllte Kontrakte grobe Verluste eingetreten seien, und endlich in der Unmöglichkeit weitere Kredite aufzunehmen. Die Schwäbische Treuhänder A.G. in Stuttgart ist mit der Ausarbeitung eines Statutes beauftragt und soll die zum Abschluß eines Vergleichs erforderlichen Verhandlungen mit den Gläubigern der Firma führen. Der Betrieb soll nach Möglichkeit weitergeführt werden.

EMPFEHLENSWERTE SPEZIAL-FIRMEN



SIEMENS 35
Das Dreiröhren-Zweikreisgerät mit doppelter Enddämpfung mit Telefunkenröhren
Preis mit Wechselstrom RM. 216,- für Gleichstrom RM. 235,-

Unverbindliche Vorführung und Prospekte in jedem guten Radio-Spezial-Geschäft.



Arbeiter Angestellte u. Beamte

Die eigenen Betriebe der Genossenschaften und der von diesen gebildeten Großkaufmannschaft deutscher Konsumvereine

befreien uns vom Preiszwang der Kartelle und Syndikate. Deshalb maß **jeder Werklätige einer Konsumgenossenschaft beitreten** und insbesondere nur die hier erhältlichen Erzeugnisse mit der Marke **GEG** wählen

Lebensbedürfnisverein Karlsruhe, e. g. m. b. H.
Bezirkskonsumverein Baden-Baden, e. g. m. b. H.
Bezirkskonsumverein Bretten, e. g. m. b. H.
Konsumverein für Durlach und Umgebung, e. g. m. b. H.

Drogerie **Wilhelm Tscherning**
Sche Amalien- und Karlsr. Fernsprecher 519
Mitglied der Rabattspargruppe

August Schaijer
Karlsruhe / Gegründet 1875
Fabrik: Roonstraße 24
Lagerplatz: Klauereichstr. 9
Fernsprecher 235

Fenster-, Türen- u. Möbelfabrik, Glaserei
Schaufensteranlagen, Ladeneinrichtungen

TRINKT MEHR MILCH!

Städtische (Öffentliche) Sparkasse
Baden-Baden
Ämliche Hinterlegungsstelle

Natürliche Mineralbrunnen
das in- und Auslandes zu Kurwecken und als tägliches Trichgetränk in allen Preislagen

Bahn & Bassler
Karlsruhe in Baden, Birkel 20, Telefon 255
Freiburg i. Br., Gagehausstraße 19, Tel. 2967
Gegründet 1887

Leipheimer & Mende

Das Spezial-Geschäft für Herren- und Damenstoffe, Wäsche- u. Haushaltstoffe

Besucht das **Volkshaus**
Schützenstraße 16

Im Ausschank das bekannte und beliebte **Moninger Bier**
Angenehmer Aufenthalt

